



Liestal, 18. Januar 2018

## Ja zu mehr Demokratie – Nein zu No Billag!

**Mehr Demokratie wagen mit den kantonalen Demokratie-Initiativen! Und mehr Demokratie sichern mit einem Nein zur No Billag-Initiative! Die Delegierten der SP Baselland haben am 17. Januar in Münchenstein klar für die Demokratie und für die demokratische Meinungsbildung Stellung bezogen.**

Die **No Billag-Initiative** kommt einem Kahlschlag gegenüber dem in Verfassung und Gesetz verankerten Auftrag für den medialen Service public zu, führte Ständerat **Claude Janiak** den Delegierten der SP Baselland vor Augen. Der angebliche Plan B sei widersprüchlich und untauglich. Die Delegierten folgten, bei einer Enthaltung, seinem Antrag und beschlossen die Nein-Parole.

Einstimmig unterstützten die Delegierten auch den Antrag von Nationalrätin **Susanne Leutenegger Oberholzer**, der **Finanzordnung 2021** zuzustimmen. Diese sichert nichts weniger als den Grundstock von 67% der Einnahmen des Bundes.

Bei den Parolen zu den kantonalen Wahlen standen die beiden von der JUSO Baselland und dem jungen grünen Bündnis Nordwest lancierten **Demokratie-Initiativen** im Vordergrund. **Ronja Jansen**, Co-Präsidentin der JUSO Baselland, beantragte ein Ja zum Stimmrecht für Niedergelassene und zeigte auf, dass sie beide Initiativen in den langen Kampf um mehr Demokratie einreihen. Die Delegierten folgten ihr einstimmig, bei einer Enthaltung. **Anna Holm**, Vorstandsmitglied der JUSO Baselland, plädierte für die Zustimmung zur Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre. Damit habe man, wie das Beispiel des Kantons Glarus zeigt, gute Erfahrungen gemacht. Mit überwältigendem Mehr, bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, votierten die Delegierten auch hier für den Ausbau der demokratischen Rechte.

Eindeutige Parolen gab es auch für die beiden anderen kantonalen Vorlagen. So unterstützten die Delegierten mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen den Antrag von Landrat **Andreas Bammatter**, die **Unvereinbarkeit** der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Regierungsrat und in der Bundesversammlung in der Verfassung zu verankern. Landrätin **Kathrin Schweizer** gewann – bei einer Enthaltung – sämtliche Delegierten für die Zustimmung zu der von 78 Gemeinden eingereichten **Fairness-Initiative**, die vom Kanton nicht mehr und nicht weniger als die Einhaltung des gegebenen Wortes verlangt.

Weitere Auskünfte:

Adil Koller, Präsident SP BL	079 222 03 55
Claude Janiak, Ständerat	079 311 57 24
Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin	079 673 01 03
Ronja Jansen, Co-Präsidentin JUSO	076 675 12 23
Anna Holm, Vorstand JUSO	076 306 14 34
Andreas Bammatter, Landrat	079 247 44 18
Kathrin Schweizer, Landrätin	076 233 51 11

Sozialdemokratische Partei  
Baselland

Rheinstrasse 17  
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71  
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch  
www.sp-bl.ch  
www.zukunftstatabbau.ch

**ZUKUNFT  
STATT  
ABBAU**